

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 15. März 2024



In dieser Ausgabe

**Plenarrede zu den
Empfehlungen des
Bürgerrates**

**Lieferung von Taurus-
Marschflugkörpern**

**Flexibilisierung der
Arbeitszeit**

**Versteckte
Preiserhöhungen
verhindern**

Terminvorschau

»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die letzten beiden Wochen waren sitzungsfrei. Somit war die Zeit für verschiedenste Termine im Wahlkreis: Vor-Ort-Termine bei Unternehmen, EU-Projekttag am Rechberg-Gymnasium in Donzdorf sowie Nominierungsversammlungen zur Kommunalwahl 2024.

In dieser Sitzungswoche beschäftigt uns weiter der Krieg in der Ukraine und unser Drängen auf bessere militärische Hilfe für die Ukraine. Aus diesem Grund hat die CDU/CSU erneut einen Antrag zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern gestellt. Besorgniserregend ist auch weiterhin die Lage in Nahost. Hier ist dringend humanitäre Hilfe für Zivilisten und gegen die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen notwendig. Die von den USA eingeleitete Seebrücke reicht nicht aus. Für die notleidenden Zivilisten braucht es auch Hilfe über den Landweg.

Schauen wir in unser eigenes Land stellen wir fest, dass die Zahl an irregulärer Zuwanderung nach wie vor hoch ist. Wenn die Zahl der monatlich in Deutschland Asylsuchenden nicht zurückgeht, ist zu befürchten, dass wir Ende des Jahres wieder 300.000 erreichen. Deshalb fordert die CDU/CSU die Regierung erneut auf, den Zustrom einzudämmen und die Gemeinden mit der Aufgabe der Unterbringung und Integration nicht alleine zu lassen. Einen entsprechenden Antrag zur Unterstützung von Ländern und Kommunen haben wir in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.

Mehr dazu sowie zu weiteren Themen finden Sie im Folgenden.

Alles Gute



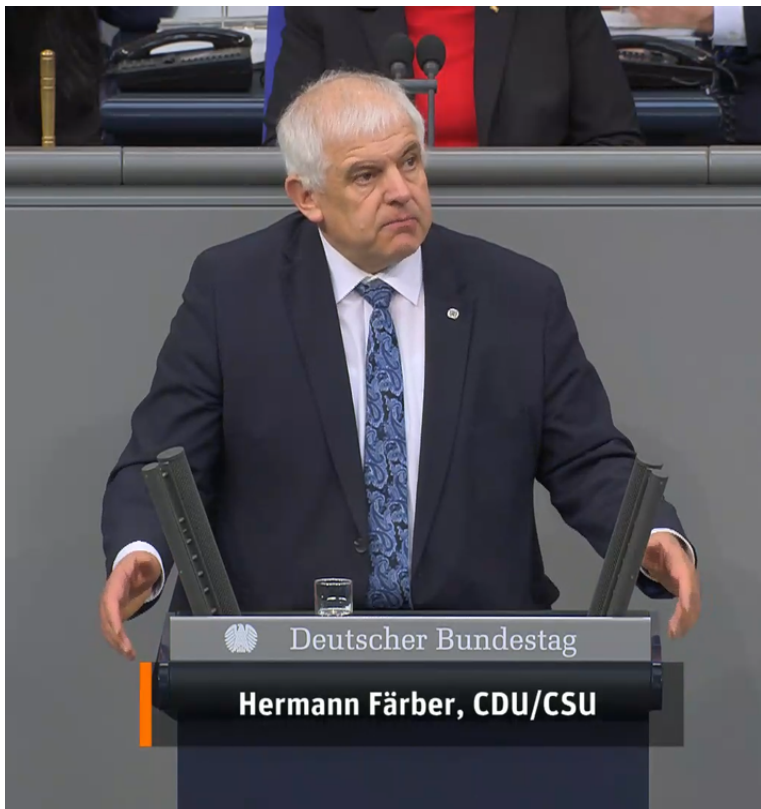
Ihr Hermann Färber

Plenarrede zu den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

»»» „VORSCHLÄGE ERNST NEHMEN UND GEMEINSAM AN PRAKTIKABLEN LÖSUNGEN ARBEITEN“

Am Donnerstag hat der Bundestag über die Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ debattiert. In der Aussprache habe ich mich dafür ausgesprochen zu prüfen, welche Empfehlungen umgesetzt werden können. Für die fundierten und ausgewogenen Empfehlungen habe ich dem Bürgerrat herzlich gedankt.

Seit September letzten Jahres hatte sich der Bürgerrat bei mehreren Treffen intensiv mit Ernährungspolitik befasst und zehn Empfehlungen ausgearbeitet. Zu den Vorschlägen gehören kostenloses Kita-Essen, die Pflicht zur Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Einzelhandel, gesunde Lebensmittel ohne Mehrwertsteuer sowie eine bessere Tierwohlkennzeichnung. Es war das erste Mal, dass der Bundestag einen Bürgerrat eingesetzt hat. Die 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren per Losverfahren ausgewählt worden.



Bildquelle: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft habe ich an einer der Präsenzveranstaltungen des Bürgerrates teilgenommen und war von seiner Arbeitsweise sehr beeindruckt. Begleitet von einem wissenschaftlichen Beirat wurden Fragen und Probleme rund um unsere Ernährung analysiert, Lösungsmöglichkeiten kontrovers diskutiert und durchdachte Ergebnisse erarbeitet. Mit seinen Empfehlungen gibt der Bürgerrat einen wichtigen Impuls für die ernährungspolitische Debatte in Deutschland.

Im Plenum des Bundestages stießen die Bürgerrats-Empfehlungen keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Aus meiner Sicht stellt sich beim Vorschlag zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung die Frage, wie die verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel erfolgen soll.

Der Handel müsste die Lebensmittel vor der Weitergabe an gemeinnützige Organisationen erst auf die Genießbarkeit prüfen – dies ist insbesondere bei verpackten Lebensmitteln nicht möglich. Bei Obst, Gemüse oder Backwaren ist das unproblematisch, aber der Joghurt kann nach dem Öffnen nicht mehr abgegeben werden.

Zweifelloos lassen die Empfehlungen des Bürgerrates auch Fragen offen. In der Debatte habe ich mit Nachdruck gefordert, mit dem Bürgerrat im Gespräch zu bleiben, die Empfehlungen ernst zu nehmen und an praktikablen Lösungen zu arbeiten. Für uns Abgeordnete sind die Empfehlungen ein Arbeitsauftrag: Unsere Aufgabe ist es nun zu bewerten, wie die Empfehlungen umgesetzt werden sollten.

Das Plenum hat die Empfehlungen des Bürgerrates an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. Mit den Obleuten der Fraktionen werde ich erörtern, in welchen Formaten die weitere Beratung am besten erfolgt.

»»» UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE: LIEFERUNG VON TAURUS-MARSCHFLUGKÖRPERN AN DIE UKRAINE

Die Lage in der Ukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag immer weiter. Unter enormem Einsatz von Menschen und Material übt Russland hohen militärischen Druck auf den Frontverlauf aus. Moskau setzt auf eine Materialschlacht, auf Terror gegen die Zivilbevölkerung und das ganze Land und wettet gegen unsere Durchhaltefähigkeit bei der Unterstützung der Ukraine.

Um den russischen Vormarsch zu stoppen, ist die Ukraine mehr denn je auf die Lieferung von wirksamen Waffensystemen angewiesen. Der Bundeskanzler verweigert weiterhin eine TAURUS-Lieferung mit immer neuen Begründungen.

Damit dieser Krieg endet, müssen wir die Ukraine in ihrer Verteidigung auch weiterhin unterstützen. Frieden wird es nur durch Stärke und Abschreckung geben. Schwäche hingegen wird Russland zu weiteren militärischen Abenteuern einladen. Somit geht es in der Ukraine um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur. Hier entscheidet sich, ob in Europa künftig das Recht des militärisch Stärkeren oder weiterhin die Stärke des Völkerrechts gilt.



Bildquelle: Canva.

In dieser Situation kommt es entscheidend auf die Geschlossenheit und die Übernahme von politischer Führungsverantwortung an. Doch der Bundeskanzler verwirrt mit seinen ständig wechselnden Aussagen die Bevölkerung und schürt dadurch zusätzlich Ängste. Gleichzeitig setzt er Deutschlands Glaubwürdigkeit bei den europäischen sowie transatlantischen Partnern aufs Spiel. Folgerichtig wächst in den Koalitionsfraktionen der Widerstand. Damit die Ukraine den Krieg gewinnen kann, benötigt sie jetzt entschlossenes Handeln und die dafür notwendige Unterstützung unterhalb der Schwelle eines Kriegseintritts. Dazu gehört auch die Lieferung von TAURUS, worüber wir in dieser Sitzungswoche erneut namentlich abstimmen. Einem in die Debatte eingebrachten Ringtausch, der erneut verzögert, und zusätzliches Vertrauen verspielt, stehen wir zurückhaltend gegenüber. Weder verfügt Großbritannien über unbegrenzt eigene Flugkörper vom Typ STORM SHADOW noch sind diese so leistungsfähig wie TAURUS.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)
oder direkt zu unserem Antrag

Schwerpunkte der Sitzungswoche

»»» FLEXIBILISIERUNG DER ARBEITSZEIT - BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit verbunden mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf spricht sich die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag "Arbeitszeit flexibilisieren – Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien" aus, der diese Woche erstmalig im Plenum beraten wurde.

In den vergangenen Jahren haben die Möglichkeiten zur Nutzung flexibler Arbeitszeiten durch die Veränderungen der Arbeitswelt und durch verbesserte digitale Gegebenheiten stark zugenommen. Die Flexibilisierungserfahrungen während der Corona-Pandemie haben diesen Trend noch verstärkt. Der Wunsch, flexible Arbeitszeiten noch stärker als bisher zu nutzen, hat - sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer als auch auf Seiten der Arbeitgeber - zugenommen, denn eine individuelle Einteilung der Arbeitszeiten trägt erheblich zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei und hilft gerade Familien mit kleinen Kindern und zu pflegenden Angehörigen bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das deutsche Arbeitszeitgesetz (ArbZG) legt in § 3 Abs. 1 Satz 1 ArbZG einen Acht-Stunden-Tag pro Werktag als Regel des deutschen Arbeitszeitrechts fest. Flexibilität ist dadurch nicht in dem Ausmaß möglich, wie es sich viele Arbeitnehmer und Unternehmen wünschen. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) eröffnet jedoch auch die Möglichkeit zur Einführung flexibler wöchentlicher Arbeitszeiten.



Bildquelle: Canva.

»»» WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAHER AUF, EINEN GESETZENTWURF VORZULEGEN, DER

- die Wünsche der Bevölkerung nach stärkerer Arbeitszeitflexibilisierung aufgreift,
- zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene Lebensphasen ermöglicht,
- eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit einführt und
- diese im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) ausgestaltet und besonderen Schutzerfordernissen bei gefahrgeneigten Tätigkeiten Rechnung trägt.

VERSTECKTE PREISERHÖHUNGEN VERHINDERN - MEHR TRANSPARENZ BEIM EINKAUF VON BEDARFSGÜTERN <<<



Bildquelle: Canva.

Ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine stieg die Inflation auf Rekordniveau, die Energiepreise explodierten und auch die Preise für Lebensmittel stiegen enorm an. Aber auch die ohne die volatilen Preise für Energie und Nahrungsmittel berechnete Kernrate der Inflation hat mit über fünf Prozent ein sehr hohes Niveau erreicht. Der Preisanstieg hat inzwischen nahezu alle Güter- und Dienstleistungskategorien erreicht. Da die Löhne nicht im gleichen Umfang steigen, leiden die Verbraucher unter massiven Reallohnverlusten.

Aus ordnungspolitischer Sicht ist die CDU/CSU-Fraktion davon überzeugt, dass Hersteller in der Produkt- und Preisgestaltung grundsätzlich frei sein müssen. Gleichwohl stellen aus Verbraucherschutzsicht versteckte Preiserhöhungen bei Bedarfsgütern ein Ärgernis dar. Manche Hersteller von Lebensmitteln, Kosmetika oder Waschmitteln greifen dabei im Rahmen der gesetzlichen Leitplanken auf mehrere Optionen zurück, beispielsweise mit einem neuen Produktdesign, das sich nur unwesentlich von den bekannten Vorgängerprodukten unterscheidet, jedoch über weniger Inhalt zum selben Preis verfügt.

Um einer fortschreitenden Marktintransparenz und einem Vertrauensverlust der Verbraucher entgegenzuwirken braucht es eine Transparenzoffensive, mit der versteckte Preiserhöhungen vermieden werden. Daher fordern wir Bundesregierung (unter anderem) auf:

- Sorge dafür zu tragen, dass auf Ebene des Einzelhandels volle Transparenz hinsichtlich des Preis-Mengen-Gerüsts eines angebotenen Produkts besteht. Preis-Mengen-Anpassungen sind in einer freien Marktwirtschaft zweifelsohne zulässig, müssen aus Verbraucherschutzsicht und im Interesse eines funktionierenden Marktes aber erkennbar sein.
- Das von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung 2011 eingeführte Online-Portal www.lebensmittelklarheit.de so umzugestalten, dass die Hersteller dort Füllmengenreduzierungen sowie die Veränderung von wesentlichen Bestandteilen bzw. Zutaten verpflichtend offenlegen müssen.
- Nach Produktgruppen differenzierte Obergrenzen für den Freiraum in Verpackungen gesetzlich festzulegen, um die Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhöhen sowie den Herstellern Rechtssicherheit zu gewährleisten.
- Rechtlich dafür Sorge zu tragen, dass technisch nicht notwendige doppelte Umverpackungen im Sinne des Ressourcenschutzes vermieden werden.

Auszüge aus meinem Terminkalender

»»» TERMINVORSCHAU

17. März 2024 | 11 Uhr:

CDU Zell-Aichelberg-Hattenhofen: Politischer "Frühjahrs-Schmaus", Gemeindehalle, Zell u. A.

18. - 22. März 2024:

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin.

24. März 2024 | 10 Uhr:

Frühschoppen mit der CDU Kuchen, Waldheim Germania, Kuchen.

24. März 2024 | 17 Uhr:

Osterempfang der CDU Donzdorf, Hotel-Restaurant Becher, Donzdorf.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de